

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Neukirch und Umgegend

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Nicht verbreitet in allen Volksschichten.

Das Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung des amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptamtes zu Bungen, des Amtsgerichts, des Hauptamtes, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda bestelltes bestimmtes Blatt

Verlag: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Volkshilfskonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Abbestellungspreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einseitige Millimeterzeile 10 Pfg., drucke Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erhalten von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Tagen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

18. Sonntagabend, den 21. Januar 1933 88. Jahrgang

Tageschau.

Der Reichsrat des Reichstages hat auf Antrag des Zentrum mit Mehrheit beschlossen, die Reichstagswahl am 31. Januar zu verschieben und am 27. Januar erneut zusammenzutreten, um die Tagesordnung festzusetzen.

Der Reichstagswahltag wird sich in den nächsten Tagen mit der Frage der völligen Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung befassen.

In Berlin findet am kommenden Sonntag nachmittags die Sitzung des Reichs-Verkehrsministeriums, die Hitler persönlich vorzuziehen will, ein Massenaufruf der SA. Statt, die sich auf dem Reichstag versammelt.

In der englisch-amerikanischen Schachfrage ist die Bemerkung eingetroffen, dass der amerikanische Schachmeister, der die Schachpartien am Reichstag einbrachte.

entgegenzunehmen, daß der Bundesvorstand des Reichslandbundes bei seinem Vorgehen lediglich von seinem Verantwortungsbewußtsein und Pflichtgefühl gegenüber den ohne eigene Schuld der Verweisung und Not preisgegebenen Berufsgenossen geleitet worden sei. Wenn die Vertreter des Bundesverbandes nicht auf die zuvor gefasste und veröffentlichte Entscheidung des Bundesvorstandes ausdrücklich hingewiesen, sondern sich auf die Wiedergabe der darin zum Ausdruck gebrachten Gesamtmeinung beschränkt hätten, so sei dies ohne jede Nebenabsicht geschehen.

Das gleichzeitig von der Pressestelle des Reichslandbundes wiedergegebene Antwortschreiben des Staats-

sekretärs Dr. Reifner vom 17. Januar besagt, daß der Reichspräsident von den Mitteilungen Kenntnis genommen und sie an den Reichstanzler weitergeleitet habe. Der Reichspräsident wiederhole, so heißt es in der Antwort weiter, bei diesem Anlaß seine bereits mündlich gegebene Erklärung, daß er nach wie vor den festen Willen habe, der schweren Notlage der Landwirtschaft ebenso wie der anderer notleidender Berufsstände im Rahmen des Möglichen abzuhelfen. Er hoffe, daß die Verordnung über die Verhängung und Ausdehnung des Volkstredungsgesetzes zur Beruhigung der Landwirtschaft beitragen werde.

Vor neuen Verhandlungen der Parteiführer klare Entscheidung in 8 Tagen — eventuell durch Eingreifen des Reichspräsidenten.

und, Berlin, 21. Januar. (Drath.) Die Situation, die nach dem gestrigen Beschluß des Reichstages gegeben ist, wird in politischen Kreisen deutlich, daß die Reichstagswahl keine Veranlassung hat, gegen den Beschluß vorzugehen. Wenn sie auch wünscht, daß sobald wie möglich Klarheit geschaffen wird, so muß sie doch darauf Rücksicht nehmen, daß der Reichstag ja verfassungsmäßig die Aufgabe hat, eine Entscheidung zu fällen. Den Versuch, diese Aufgabe zu übersteuern, wird der Reichstag am nächsten acht Tage machen. In parlamentarischen Kreisen regnet man damit, daß die Parteiführer unter sich noch einmal darüber verhandeln werden, ob eine arbeitsfähige Reichstagsbildung unter Beteiligung der Nationalsozialisten herzustellen möglich ist. Die Aussichten werden allerdings von vornherein nicht sehr günstig beurteilt, da ja alle Versuche, die bisher in dieser Richtung gemacht wurden, gescheitert sind. Der Reichstanzler selbst wird sich an diesen Verhandlungen nicht beteiligen. Er hat seine Verhandlungen mit den Parteiführern abgeschlossen und überläßt das Weitere den Parteien.

sondern die Kommunen zu Trägern dieser Hilfe machen wollte. Die gesamten bisherigen Mittel, die für Arbeitslosenhilfe aufgewendet werden müssen, würden damit bei den Gemeinden konzentriert.

Wie wir von unentgeltlicher Seite dazu erfahren, ist die ganze Frage des Umbaus der Arbeitslosenhilfe noch völlig im Fluß und keineswegs entschieden.

Eine Rede Hitlers in Berlin.

Berlin, 20. Januar. (Fig. Weib.) Im Sportpalast fand eine Generalratsversammlung der NSDAP statt. Nach Dr. Goebbels sprach Adolf Hitler. Wenn man einen so hohen Kampf um die innere Erhebung eines Volkes führe, so sagte er, bedürfe es der Beharrlichkeit. Hitler sprach weiter über die großen Aufgaben, die das Führertum habe, dessen höchste Aufgabe es sei, der Schwäche entgegenzutreten und nicht nachzugeben.

SA-Führer in Düsseldorf erschossen.

Düsseldorf, 21. Januar. Als am Freitagabend eine Abteilung der nationalsozialistischen SA aus einer Versammlung sich auf dem Heimweg befand, wurde sie aus einem kommunistischen Versteck erschossen. Dabei fielen ungefähr 15 bis 20 Schüsse. Der Führer der Abteilung, Wilhelm Wetekamp, wurde tödlich getroffen.

Die Deutscherfolgungen in Polen.

Eine englische Pressestimme.

London, 20. Januar. Ein Sonderkorrespondent der „Manchester Guardian“ schreibt in einem ausführlichen Bericht aus Bromberg über die Verfolgung der Deutschen in Polen, der insbesondere die protestantischen Lehrer ausgesetzt sind: In den letzten Monaten ist die deutsche Bevölkerung in Polen und im Korridorgebiet ernstlich unruhig worden durch die Angriffe, die die polnische Polizei gegen den deutschen Kindergottesdienst in den weit auseinanderliegenden Dörfern richtet. Der Korrespondent betont, daß Bibelunterricht an Kinder in einer deutschen Sonntagschule in Polen als ein Vergehen betrachtet werde, das mit sofortiger Einlieferung bestraft werden könne. Wenn ich nicht selbst, so bemerkt der englische Berichterstatter, dem Berufsgericht in Bromberg beigezogen hätte, wo derartige Fälle jede Woche behandelt werden, so hätte ich kaum glauben können, daß solche Verhältnisse westlich der Weichsel bestehen. Der Korrespondent gibt eine eingehende erschütternde Schilderung über die Verfolgung der deutschen Lehrer und Schüler in diesem Teile Polens. Er schließt mit dem Hinweis darauf, daß das deutsche Kind nicht in der Religion seiner Väter erzogen werden könne und für die protestantische Kirche verloren sein werde. Den polnischen Beamten dagegen seien diese Methoden willkommen. Sie seien ein Ausdruck des polnischen Nationalismus, der danach strebe, jede andere nationale Kultur zu beseitigen.

Reichsverband der Deutschen Industrie.

Berlin, 20. Januar. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt am 19. Januar unter dem Vorsitz Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eine Sitzung ab, die durch eine Aussprache über die gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage eingeleitet wurde. In Anknüpfung an die Ereignisse der letzten Wochen wurde mit Bedauern festgestellt, daß von der Politik her neue Unruhe in die Wirtschaft getragen wird und es wurde als höchst verhängnisvoll bezeichnet, wenn auf diese Weise

Reichstagswahl am 31. Januar.

Berlin, 20. Januar. Der Reichsrat des Reichstages beschloß auf Antrag des Zentrum mit Mehrheit die Reichstagswahl am 31. Januar zu verschieben. Der Reichstagswahltag wird sich in den nächsten Tagen mit der Frage der völligen Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung befassen.

Über den Verlauf der Reichstagswahl berichtet das Reichsministerium des Innern, nach folgendem: Die Nationalsozialisten beantragen zu Beginn der Sitzung, dem Reichspräsidenten Goebbels die Vollmacht zu erteilen, die nächste Sitzung des Reichstages festzusetzen. Sie brachten dabei den Wunsch zum Ausdruck, daß der Reichstag bald dem Reichstag vorgelegt wird und daß die Regierungserklärung dem am der ersten Sitzung des Reichstages vorgelegt würde. Dies wurde von Sozialdemokraten und Kommunisten widerprochen, da das auf eine Reichstagsverlagerung bis in den März oder April hinein hinauslaufen würde.

Staatssekretär Brand, erklärte für die Reichsregierung, daß diese es nach wie vor im Interesse der politischen Beruhigung des Landes und seiner wirtschaftlichen Befundung für dringend notwendig halte, die politische Lage möglichst bald unabweislich zu klären. Der Reichstag könne so schnell nicht vorgelegt werden und der Finanzminister habe die sachlichen Gründe dafür schon im Haushaltsauspruch dargelegt.

Auch die Vertreter des Zentrum erklärten, daß sie einer sofortigen Verlagerung des Reichstages nicht zustimmen könnten. Abg. Dr. Böhl (Zentr.) beantragte daher, die Verlagerung des Reichstages um eine Woche, auf den 27. Januar, zu verschieben.

Hierzu erklärte Staatssekretär Brand, wenn der Reichstag noch eine einwöchige Frist dazu benutzen wolle, die Arbeitslosenverhältnisse im Parlament einzubringen, so würde die Reichsregierung dem nicht zu widersprechen. Sie selbst sei naturgemäß an beratigen Verhandlungen nicht interessiert. Auf eine Frage des Abg. Torgler (Komm.), ob die Regierung in einer Verlagerung des Reichstages eine Tolerierung durch das Parlament sehen würde, erwiderte Staatssekretär Brand, daß auch bei einer Verlagerung für längere Zeit die Regierung eine unabweisliche Klärung der politischen Lage für unbedingt notwendig halte. Von den Deutschen national wurde in der Aussprache zum Ausdruck gebracht, daß auch sie eine baldige politische Klärung wünschten, gegen eine kurzfristige Verlagerung aber nichts einzuwenden hätten. Die Abstimmung ergab, daß der nationalsozialistische Antrag auf unbestimmte Verlagerung der Reichstagswahl gegen die Antragsteller abgelehnt wurde. Auf Antrag des Zentrum wurde als Termin der nächsten Reichstagswahl der 31. Januar bestimmt. Über die Tagesordnung dieser Reichstagswahl soll eine neue Reichstagswahl am 27. Januar entscheiden.

Das Schreiben des Reichslandbundespräsidenten an den Reichspräsidenten.

Berlin, 20. Januar. (Fig. Weib.) Die Pressestelle des Reichslandbundes veröffentlicht jetzt das Schreiben des Präsidenten des Reichslandbundes, das dieses dem Reichspräsidenten am 12. Januar mit der bekannten Erklärung des Reichslandbundes zu der amtlichen Mitteilung über den Abbruch der Beziehungen der Reichsregierung zum Reichslandbund überliefert hat. Das Präsidium bittet, so heißt es in diesem Schreiben, den Reichspräsidenten, die Versicherung

In Kreisen, die der Reichsregierung nahe stehen, sieht man in dem Ergebnis der Sitzung des Reichstages deutlich die Scheu der Parteien vor der Auflösung. Auf der anderen Seite spricht diese Situation der Parteien für die Stärke der Stellung der Reichsregierung. Der Reichstag muß sich nun aber in acht Tagen auf alle Fälle entscheiden, ob er die Reichsregierung durch eine längere Vertagung loterieren will, ob er sie unterstützt oder ablehnt. Für die Reichsregierung ist es jedenfalls ein unerträglicher Zustand, daß die Parteien vor die Freiheit der Kritik für sich in Anspruch nehmen, sich selbst aber nicht zur Entscheidung stellen. Deshalb würde eine weitere kurzfristige Verlagerung nach 8 Tagen von der Reichsregierung zweifellos nicht hingenommen werden.

Es gibt auch für die Regierung ein Mittel, den Reichstag zur Entscheidung zu zwingen. Es ist im Artikel 24 der Reichsverfassung gegeben, der dem Reichspräsidenten das Recht gibt, vom Reichstagspräsidenten die unverzügliche Einberufung zu verlangen. Über die Auslegung dieses Artikels ist bereits vor etwa 1 Jahre ein Streit entstanden, der damals, im Februar 1932, vom Staatsgerichtshof dahin entschieden worden ist, daß der Reichspräsident jederzeit das Recht hat, die Einberufung zu verlangen.

Von diesem Recht wird der Reichspräsident gegebenenfalls Gebrauch machen, weil die Regierung unter allen Umständen längere Zeit für ruhige Arbeit geminnen muß. Es kommt also gar nicht in Frage, daß vielleicht mit einer anderen Begründung eine neue Verlagerung der Entscheidung gelangt.

Pläne über einen Umbau der Arbeitslosenhilfe.

und Berlin, 20. Januar. (G. R.) Wie der Reichstanzler berichtet, soll in den nächsten Tagen im Reichstagsrat die Entscheidung über eine völlige Umgestaltung der Arbeitslosenhilfe fallen. Es seien zwei Pläne vorgelegt. Der erste werde vom Reichsarbeitsminister Spruy vertreten, der eine vollständige Zusammenfassung der gesamten Betreuung der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern fordere. Mit der Demokratisierung dieses Planes würde den Gemeinden die Aufgabe und die Last der Unterhaltung der Wohlfahrtsverbände bis auf geringe Reste abgenommen werden. Die zweite Plan sieht ein solches des Reichsministers Dr. Pöhl entgegen, der ebenfalls eine vollständige Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe bezweckt, jedoch nicht die Arbeitsämter,